Gemeindetag Baden-Württemberg
Kommunaler Landesverband
kreisangehöriger
Städte und Gemeinden

Gemeindetag Baden-Württemberg | Panoramastr. 31 | 70174 Stuttgart

Deutscher Bundestag

Platz der Republik

11011 Berlin

Kreisverband
Breisgau-Hochschwarzwald:
Bürgermeister Helmut Mursa
Kreisverbandsvorsitzender
Am Felsenkeller 2+4
79232 March
Telefon: 07665 422-9020
E-Mail: helmut.mursa@march.de

Kirchzarten, 29. Februar 2024

Neuausrichtung der Flüchtlings- und Migrationspolitik – Forderung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Hoffmann,
sehr geehrte Frau Abgeordnete Kopf,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Mehmet Ali,
sehr geehrte Frau Abgeordnete Raffelhüschen,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Schreiner,
sehr geehrte Frau Abgeordnete Schwarzelühr-Sutter,
sehr geehrte Frau Abgeordnete Stöcker,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestags,

stellvertretend für mehr als 260.000 Kreisbewohner/innen richten wir unsere Forderung und Bitte an Sie, die aktuelle Flüchtlings- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa neu auszurichten. Die Unterzeichner/innen sind Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufnahmegrenzen sind überschritten, die Unterbringung und die Integration der geflüchteten Menschen bringt unsere Kommunen, trotz bester Bemühungen, an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Auch ein signifikanter Stimmungsumschwung gegenüber der Flüchtlingspolitik hat unsere Gemeinden erfasst.

Gemeindetag
Baden-Württemberg

Wir fordern:

1. Eine Verlagerung der Hilfe und Unterstützung in die von Flucht betroffenen Länder und Grenzregionen, damit vor Ort deutlich mehr Schutzsuchenden – besonders Frauen und Kindern – schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet werden kann.
2. Eine wirksame Bekämpfung illegaler, schlepperorganisierter, menschenunwürdiger Migration durch Partnerschaften und Vereinbarungen mit Drittstaaten, Herkunfts- und Transitländern.
3. Vereinbarte Aufnahmekontingente, um legale Migration nach Europa und Deutschland leichter zu ermöglichen.
4. Eine schnelle Abschiebung krimineller, straffälliger und radikal-islamistischer Migranten und Flüchtlingen. Wer unsere freiheitlich demokratische Grund- und Werteordnung ablehnt, hat in unserer Gesellschaft keinen Platz.
5. Die schnelle Einführung einer Bezahlkarte für geflüchtete Menschen als Alternative zu Bargeldzahlungen.
6. Einen dauerhaften finanziellen Ausgleich für die Kommunen entstehenden Mehrkosten der Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen.

Unsere Gründe:

Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt uns vor riesige Herausforderungen. Die Zahl der Asylanträge in Deutschland steigt seit einiger Zeit wieder an, was auch der Bericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge von Dezember 2023 deutlich aufzeigt. Nach aktuellen Schätzungen flüchten weltweit Millionen Menschen vor Krieg, Konflikten und Verfolgung. Diesen Menschen muss bestmöglich und zielgerichtet geholfen werden. Aus Sicht der Kommunen kann und soll diese Hilfe jedoch nicht nur und vor allen nicht erst in Deutschland erfolgen. Daher muss die aktuelle Flüchtlings- und Migrationspolitik schnellstens neu ausgerichtet werden.

Unsere Hilfe muss sich stärker und gezielt an die von Flucht und Vertreibung betroffenen Länder und an die daran angrenzenden Staaten richten. Den außenpolitischen Beziehungen unserer Bundesregierung kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die schlepperorganisierte, illegale Zuwanderung muss möglichst frühzeitig aufgehalten werden. Nicht diejenigen, die sich die Flucht finanziell über Schlepper leisten können, müssen geschützt werden, sondern diejenigen, die den Schutz besonders benötigen, an erster Stelle Frauen und Kinder.

Dies ist nur leistbar, wenn wir wirksame Verträge mit Drittstatten, Herkunfts-, und Transitländern vereinbaren. Dadurch vereinfachen und erleichtern wir die legalen Wege der Migration und ersparen den Menschen den gefährlichen, menschenunwürdigen und leider auch oft tödlichen Weg über das Mittelmeer oder die Sahara nach Europa.

Gemeindetag
Baden-Württemberg

Vereinbarte Aufnahmekontingente sind ein notwendiger Baustein, um die illegale Migration zu beenden. Dadurch wird auch die Aufnahme für Städte und Gemeinden planbarer. Die jetzige unkontrollierte Zuwanderung ist für uns Gemeinden nicht mehr umsetzbar und zerstört den Sozialstaat. Der Bund muss alle Möglichkeiten ausschöpfen und zudem neue Wege schaffen, damit dieser unhaltbare Zustand nicht weiterhin fortgesetzt wird!

In der Bevölkerung ist die Zustimmung gegenüber der aktuellen Flüchtlingspolitik sehr deutlich gesunken. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind nach annähernd zehn Jahren Flüchtlingskrise erschöpft. In der Bevölkerung hat sich ein Gefühl der Ohnmacht breit gemacht. Es ist jedoch nicht der Bund, sondern es sind die Städte und Gemeinden, welche vor Ort die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik umsetzen und meistern müssen. Dabei entstehen immense finanzielle und personelle Aufwendungen bei den Kommunen, die nur teilweise ausgeglichen werden. Insbesondere die Kosten der wichtigen Integrationsmaßnahmen, z.B. durch Sozialarbeit und den Besuch von Kindergärten und Schulen, aber auch weitere Kosten bleiben an den Kommunen hängen.

Die vom Bund geleisteten Zahlungen für die Unterbringung und Integration der geflüchteten Menschen reichen nicht aus. Dieses Kostendelta muss von den Einwohnerinnen und Einwohner der Kommunen aufgebracht und geleistet werden, was oftmals nur über kommunale Gebühren- und Steuererhöhungen oder Einsparungen machbar ist. Dringende kommunale Ausgaben für Jugendarbeit, die örtlichen Vereine, Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur oder den Umwelt- und Klimaschutz bleiben so auf der Strecke. Die Städte und Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Finanziell können nur noch Pflicht- und Weisungsaufgaben erledigt werden. Die verfassungsgemäß garantierte kommunale Selbstverwaltung verkümmert bis zur Unkenntlichkeit . Die Folge ist eine zunehmende Unzufriedenheit und unüberhörbare Ablehnung der Flüchtlingspolitik des Bundes in der Bevölkerung und in der Folge leider ein Erstarken rechtsextremer Strömungen. Die Kommunen benötigen daher einen dauerhaften und verlässlichen Kostenausgleich.

Die Menschen in unseren Städten und Gemeinden empfinden Unverständnis, wenn in Pressemeldungen von straffälligen Geflüchteten berichtet wird, die aufgrund fehlender Abkommen mit Herkunftsländern und Drittstaaten weder abgeschoben werden können noch dürfen. Unerträglich sind Bilder von Menschen, die in Deutschland den Terroranschlag der Hamas gegenüber Zivilisten, Frauen und Kindern feiern und dabei offen Zeichen radikalislamischer Terrorgruppen zeigen. Wieso sollen wir Menschen Sicherheit und Zuflucht gewähren, die sich nicht an unsere freiheitlich demokratische Grund- und Werteordnung halten? Hass und Hetze gegen Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Weltanschauung oder Religion, Antisemitismus, islamischer Extremismus, religiöse Zwänge jeder Art, Missbrauch staatlicher Leistungen und Einrichtungen sowie die Verweigerung der Integration durch die Schaffung von Parallelgesellschaften haben in unserem freiheitlich demokratischen Deutschland keinen Platz!

Gemeindetag
Baden-Württemberg

Gleichzeitig sorgt die Berichterstattung über Geflüchtete, die sich vorbildlich in die Gesellschaft integriert haben und trotz festem Arbeitsplatz abgeschoben werden sollen, für Unverständnis und Kopfschütteln. Die bisherige Flüchtlings- und Migrationspolitik ist hier verfehlt und muss dringend nachgebessert werden.

Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, für unsere Städte und Gemeinden und die Menschen, die im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald leben, fordern wir Sie als Mitglieder des Deutschen Bundestags auf, neue und effiziente Maßnahmen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik zu beschließen und schnell umzusetzen! Lassen Sie uns den Menschen, die Schutz und Hilfe wirklich brauchen, schnell, bestmöglich und wirksam helfen, ohne dabei die berechtigten Interessen, Belange und Sorgen der eigenen Bevölkerung außer Acht zu lassen.

Wir danken für eine zeitnahe Stellungnahme Ihrer Fraktion bzw. Ihrer Gruppe.

Mit freundlichen Grüßen

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Gemeindetag
Baden-Württemberg

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Rees
(Sölden)

Karl Heinz Rontke
(Gemeinde Eisenbach)

V. Wissler
(Gemeinde Badenweiler)

(Stadt Breisach a. Rh.)

Rudolf Schiller
Gde. St. Peter

Gde Feldberg / Schw.

Gde. Bötzingen

Jürgen Kaiser
(Gde Schlachsee)

- Gde St. Märgen

(Schallstadt)

Gde Kirchzarten

Stadt Bad Krozingen

[Gem. Horben]

Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl

, Grottenheim

Hans-Peter Wilhelmus
(Gde. Ebringen)

Benjamin Bohn
(Stadt Vogtsburg i. K.)

Gemeindetag
Baden-Württemberg

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

(Stadt Denzlingen i. Br.)

(Stadt Denzlingen)

(Gemeinde Hartheim am Rhein)

[Gem. Horben]